

**A N F R A G E** von Natalie Vieli-Platzer (Grüne, Zürich) und Katharina Prelicz-Huber (Grüne, Zürich)

betreffend Vergabe günstiger Wohnungen durch die Kantag

---

Erschwinglicher Wohnraum ist im Raum Zürich knapp und das wird sich in absehbarer Zeit voraussichtlich auch nicht wesentlich ändern. Zudem ist eine Zunahme der Mietzinsbelastung in den vergangenen Jahren festzustellen. Wenig verdienende Personen und Familien sind auf günstige Wohnungen angewiesen, solche zu finden ist aber seit längerem praktisch unmöglich. Die Betroffenen werden daher von der gegenwärtigen Wohnraumsituation besonders hart getroffen.

Um diesen Menschen zu angemessenen und günstigen Wohnungen zu verhelfen, engagieren sich soziale Organisationen, wie zum Beispiel die gemeinnützige Stiftung Domicil, um als Schnittstelle zwischen Liegenschaftensmarkt und sozial benachteiligten Personen sowie öffentlichen und privaten Sozialeinrichtungen zu fungieren. Dabei werden nicht nur günstige Wohnungen vermittelt, sondern auch Mieterinnen und Mieter bei der Integration in ihr neues Wohnumfeld unterstützt und ein langfristiges und gutes Mietverhältnis angestrebt. Ein solches Angebot fördert die Integration und entlastet nicht zuletzt das Sozialbudget der öffentlichen Hand.

In letzter Zeit ist es zunehmend schwieriger geworden, günstigen Wohnraum zu finden und zu vermitteln. Demgegenüber hat die Zahl der Wohnungssuchenden, insbesondere jene der Working Poor, stark zugenommen, gegenüber dem Vorjahr bis jetzt um rund 91 %.

Der Kanton Zürich und die Beamtenversicherungskasse verfügen über eine grosse Zahl von Mietwohnungen im Raum Zürich, die sie über die Kantag vermieten.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Nach welchen Kriterien vermietet die Kantag Wohnungen an Private?
2. Verfügt die Kantag über Richtlinien zur Vermietung von günstigen Wohnungen an sozial Benachteiligte bzw. an soziale Einrichtungen oder Vermittlungsorganisationen?
3. Verfügt die Kantag über Kontingente an günstigen Wohnungen, die sie sozial Benachteiligten oder Einrichtungen des gemeinnützigen Wohnungsmarktes zur Verfügung stellt?

Falls dies nicht zutrifft: Wie beurteilt der Regierungsrat die Möglichkeit, solche Kontingente vorzusehen und entsprechende Richtlinien zur Unterstützung des sozialen Wohnungsmarktes festzulegen?

Natalie Vieli-Platzer  
Katharina Prelicz-Huber